



Innenausschuss

27. Sitzung (öffentlich)

24. Mai 2007

Düsseldorf - Haus des Landtags

9:00 Uhr bis 9:40 Uhr

Vorsitz: Winfried Schittges (CDU)

Protokollerstellung: Thilo Rörtgen

| Verhandlungspunkte und Ergebnisse: | Seite |
|--|--------------|
| 1 NRW darf eine gesetzliche Bleiberechtsregelung auf Bundesebene nicht länger blockieren | 3 |
| Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 14/3854 | |
| Mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen und der SPD-Fraktion sowie gegen die Stimmen der Grünen-Fraktion lehnt der Ausschuss den Antrag mit Ausnahme des Punktes IV.1, der für erledigt erklärt worden ist, ab. | |
| 2 Transparenz schafft Vertrauen Umsetzung der Dienstleistungsrichtlinie erfordert konsequente Vorbereitung und Folgekostenabschätzung | 6 |
| Antrag der Fraktion der SPD Drucksache 14/4249 | |
| Der Ausschuss beschließt, den Antrag ohne Votum an den federführenden Ausschuss abzugeben. | |

- 3 Haltung der Landesregierung zu den Vorstellungen von Bundesinnenminister Schäuble zu Änderungen der Sicherheitsgesetze** 7
- Vorlage 14/1071
- Der Ausschuss berät die Vorlage 14/1071
- 4 Einführung sog. „Bunter Leitstellen“** 8
- Vorlage 14/1073
- Der Ausschuss berät die Vorlage 14/1073.
- 5 Verschiedenes** 9
- Der Ausschuss kommt überein, sich an der Anhörung zum Thema „Änderung des Landeswahlgesetzes“ nachrichtlich zu beteiligen.
- Der Ausschuss beschließt, sich an der Anhörung zum Kommunalwahlgesetz nachrichtlich zu beteiligen.
- Der Ausschuss kommt überein, die abschließende Beratung zum Kommunalwahlgesetz am Rande einer Plenarsitzung durchzuführen.
